- e) Auflagen,
- f) Ausgleichsregelungen für betroffene Nutzungen im Rahmen der Wasserbilanz,
- g) Termine für das Wirksamwerden geforderter Maßnahmen,
- h) soweit erforderlich, eine Begründung.

(2) Stellt die Staatliche Gewässeraufsicht fest, daß eine Wasserbilanzentscheidung wegen des Umfangs oder der Auswirkungen der Gewässernutzung nicht erforderlich ist, ist auf Grund des Antrages eine Genehmigung zu erteilen, zu ändern oder aufzuheben.

Zu § 11 des Wassergesetzes:

§21

(1) Genehmigungen oder Zustimmungen sind im Stadium der Vorbereitung einer Investition bei der Staatlichen Gewässeraufsicht zu beantragen. Für Gewässernutzungen, für Bauwerke oder bauliche Anlagen, die keiner Investition bedürfen, sind die Genehmigungen oder Zustimmungen spätestens 6 Monate vor Nutzungsbeginn zu beantragen. Genehmigungen bzw. Zustimmungen können auch ohne Antrag erteilt werden.

(2) Die beantragte Genehmigung oder Zustimmung ist von der Staatlichen Gewässeraufsicht den beteiligten Staatsorganen, Betrieben und Bürgern bekanntzugeben. Können nicht alle Beteiligten festgestellt werden, so ist die beantragte Genehmigung oder Zustimmung ortsüblich öffentlich bekanntzugeben und, soweit erforderlich, mit den Beteiligten in einem Ortstermin zu beraten.

(3) Einwände gegen eine beantragte Genehmigung oder Zustimmung sind im Ortstermin oder innerhalb einer Frist von 6 Wochen nach Bekanntgabe zu erheben und zu begründen. Über die Einwände ist vor Erteilung der Genehmigung oder Zustimmung durch die Staatliche Gewässeraufsicht zu entscheiden.

§22

Genehmigungspflichtige Gewässernutzungen sind insbesondere

- a) Wasserentnahme aus den Oberflächengewässern oder aus dem Grundwasser zur
 - Wasserversorgung von Wohngebäuden und Siedlungen durch öffentliche Wasserversorgungs- oder Gemeinschaftsanlagen sowie Eigenversorgungsanlagen,
 - Wasserversorgung von Betrieben,
 - Energiegewinnung durch Wärmepumpen,
 - Bewässerung land- oder forstwirtschaftlicher oder gartenbaulicher Nutzflächen,
 - Absenkung des Grundwassers, insbesondere durch bergbauliche Arbeiten und Maßnahmen;
- b) Wasser- und Abwassereinleitungen in Oberflächengewässer oder in das Grundwasser aus
 - Betrieben,
 - öffentlichen Anlagen oder Gemeinschaftsanlagen der Abwasserbehandlung für Wohn- und Siedlungsgebiete,
 - Wohngebäuden,
 - Wärmepumpen,
 - Grundwasserabsenkungen;

I c) die Wasserbeschaffenheit beeinflussende Maßnahmen durch

- Nutzung als Intensivgewässer mit Zufütterung, ausgenommen fisch wirtschaftliche Nutzungen ablaßbarer Fischeiche,
- Wassergeflügelproduktion;

d) Hebung oder Absenkung des Wasserstandes durch

- Aufstau von Wasser in Oberflächengewässern oder im Grundwasser,
- Meliorationen, ausgenommen die zeitweilige Ableitung von Niederschlagswasser oder Staunässe von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen,
- Wasserhaltungen.

§23

(1) Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung muß die im § 19 Abs. 2 genannten Angaben enthalten. Die Staatliche Gewässeraufsicht kann weitere Angaben fordern.

(2) Durch die Staatliche Gewässeraufsicht ist die Zustimmung des Wasserstraßenaufsichtsamtes der Deutschen Demokratischen Republik bzw. Seefahrtsamtes der Deutschen Demokratischen Republik einzuholen, wenn die Gewässernutzung mit der Errichtung von Bauwerken und baulichen Anlagen an Wasserstraßen gemäß § 6 Abs. 1 des Wassergesetzes verbunden ist.

§24

(1) Die Genehmigung enthält:

- a) Gewässernutzer,
- b) örtliche Lage der Gewässernutzung,
- c) Art und Zweck der Gewässernutzung,
- d) Umfang der Gewässernutzung, wie höchstzulässige Entnahme-, Einleitungs- und Verlustmengen, höchste und tiefste Staugrenze oder Absenkung,
- e) Bedingungen und Auflagen, gegebenenfalls Befristung.

(2) Die Bedingungen und Auflagen können sich insbesondere erstrecken auf

- a) Maßnahmen der rationellen Wasserverwendung, wie Anwendung von Wasserbedarfsnormen und Einrichtung von betrieblichen Wasserkreisläufen,
- b) Art der Abwasserbehandlung und Wertstoffrückgewinnung,
- c) Grenzwerte für die Inhaltsstoffe der Abwässer,
- d) Verhütung nachteiliger Auswirkungen,
- e) Errichtung, Betrieb und Instandhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen,
- f) Fristen für die Inbetriebnahme von Nutzungsanlagen,
- g) Verpflichtungen zu Kontrollen der Einhaltung der Grenzwerte und der Auflagen und zum Betrieb von Meßeinrichtungen,
- h) Regelungen des zeitlichen Abflusses aus Stauanlagen,
- i) Verpflichtungen über Errichtung, Betrieb und Instandhaltung von Gemeinschaftsanlagen,
- j) Verpflichtungen zur Mitteilung der Fertigstellung der Anlagen an die Staatliche Gewässeraufsicht.

§25

(1) Der Antrag auf Erteilung einer Zustimmung hat zu enthalten:

- a) Übersichts- oder Lageplan mit Angabe der örtlichen Lage der baulichen Anlagen,